

**Redeentwurf zur  
Aktuellen Debatte der SPD  
*„Ohne Recht ist kein Staat zu machen, Herr Kretschmann.“*  
für Andreas Schwarz  
Plenarsitzung  
am Mittwoch, 30. Juni 2021  
im Landtag von Baden-Württemberg**

**Zeit:** TOP 2

**Rededauer:** Zehn Minuten

Redereihenfolge:

SPD, GRÜNE, CDU, FDP, AFD

Zweite Runde nach MP

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Präsidentin, / Sehr geehrter Herr Präsident,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

**Ministerpräsident Kretschmann hat das Land in den vergangenen Monaten verlässlich, besonnen und entschlossen durch die Coronakrise geführt.**

Die Menschen in Baden-Württemberg haben ihren Ministerpräsidenten als höchst verantwortlich handelnden Landesvater erlebt.

Das haben die Wählerinnen und Wähler bei der Landtagswahl honoriert.

**Das Wahlergebnis ist ein enormer Vertrauensbeweis für den vorsichtigen und umsichtigen Kurs des Ministerpräsidenten.**

Ministerpräsident Kretschmann hat sich immer wieder intensiv mit allen Aspekten der Pandemie befasst hat.

Er hat sich die dabei notwendigen Entscheidungen nicht leichtgemacht.

Er hat genau abgewogen, welche Maßnahmen in welcher Situation die richtigen sind.

Dazu hat er Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler angehört. Er hat immer wieder die Rücksprache gesucht – auch mit diesem Haus, mit dem Parlament.

**Und das ist der richtige Weg!**

Meine Damen und Herren, es ist doch so:

nicht nur der Ministerpräsident, nicht nur die Regierung trägt die Verantwortung für das Management der Pandemie – nein, das betrifft uns alle.

Hier im Parlament, und in der Gesellschaft insgesamt.

Dabei hat der Ministerpräsident, dabei haben wir ein Ziel verfolgt:

**Die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger zu schützen!**

Das im Grundgesetz verankerte Recht auf Leben und auf körperliche Unversehrtheit steht für uns ganze vorne.

Und in diesem Zusammenhang ist auch das Interview unseres Ministerpräsidenten zu bewerten.

**Wir teilen seine Auffassung!**

Kollege Stoch, Kollege Rülke – sie können meinetwegen gerne Holzhammeropposition betreiben.

So jedenfalls habe ich ihre Presseäußerungen am Freitag wahrgenommen.

**Mir bleibt dann nur zu sagen: das, was Sie da behaupten, das ist lächerlich. Das ist absurd.**

**Es wäre gut, wenn Sie das eine oder andere davon zurücknehmen würden.**

Meine Damen und Herren,

für uns alle war das letzte Jahr erkenntnisreich.

Wir mussten lernen, mit einem neuartigen und dynamischen Phänomen umzugehen.

Entscheidungen mussten auf der Basis von Prognosen getroffen werden, auf der Basis von Unsicherheit.

Und wir mussten lernen, dass es notwendig sein kann, den einmal eingeschlagenen Kurs anzupassen.

Einmal ergriffene Maßnahmen haben wir immer wieder auf den Prüfstand gestellt.

Und da, wo sich gezeigt hat, dass andere Maßnahmen notwendig sind, haben wir schnell und konsequent gehandelt.

### **Das ist Lernfähigkeit!**

Denken Sie an die ursprünglich viel früher geplante Schulöffnung, die wir dann noch einmal zurückgestellt haben, als deutlich wurde, dass die britische Mutation sich bereits ausgebreitet hat.

### **Das war richtig – aber es war keine einfache Entscheidung.**

Denn es ist doch so: diese Pandemie, die uns nun seit über einem Jahr beschäftigt, ist eine Krise ohne Blaupause.

Das ist eine Ausnahmesituation. Erst nach und nach hat sich unser Wissen über das Virus, über dessen Verbreitung und über die Wirksamkeit von Maßnahmen erweitert.

In einer solchen Situation ist nur eines richtig: zu lernen und den eingeschlagenen Kurs dann zu anzupassen, wenn neue Erkenntnisse dies notwendig gemacht haben.

### **Wer dagegen behauptet, alles ganz genau zu wissen, der liegt falsch!**

Gleichzeitig darf Lernfähigkeit nicht zu einem Zickzackkurs führen.

Zur Verantwortung zählt, Verlässlichkeit zu ermöglichen.

Deswegen braucht es Werte, deswegen braucht es eine Orientierung.

Die Werte, an denen sich der Ministerpräsident, an denen auch wir uns orientiert haben, sind glasklar.

Wir orientieren uns daran, alles zu tun um Menschenleben zu schützen und eine Gesundheitsnotlage zu verhindern.

**Der Schutz der Gesundheit und des Lebens haben Priorität!**

Team Umsicht und Vorsicht, sagen manche dazu.

Und selbstverständlich gehört dazu die Abwägung.

Denn wir tragen ebenso die Verantwortung dafür, die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie und der Pandemiebekämpfung so gering wie möglich zu halten.

**Das ist der Kurs, mit dem wir im Rückblick doch recht gut gefahren sind!**

Meine Damen und Herren,

wir alle tragen Verantwortung dafür, dass sich Fehler aus der Pandemiebekämpfung nicht wiederholen.

Deswegen ist es wichtig, immer wieder zu reflektieren.

Denn wir wollen aus der Pandemie lernen.

Da stellen sich Fragen. Die sind nicht so leicht zu beantworten. Und diese Fragen haben es in sich.

- Kann ein entschlossenes und hartes Vorgehen im richtigen Moment mehrere Monate der Krise verhindern?
- Können dadurch Monate des Lockdowns erspart werden?
- Und hätte die Zahl der heutigen Infektionen reduziert werden können, hätte Trauer und Leid reduziert werden können, wenn früher zu einem härteren Lockdown gegriffen worden wäre?

**Und genau das sind die Fragen, die der Ministerpräsident gestellt hat!**

**Und es sind die richtigen Fragen zum richtigen Zeitpunkt.**

Meine Damen und Herren,

und es ist ja nicht so, dass diese Ideen aus der Luft gegriffen wären.

Ich erinnere mich gut daran, dass Innenminister Strobl bereits im Oktober letzten Jahres die Forderung erhoben hat, in einen harten Lockdown zu gehen.

Und Kollege Stoch, auch der Gesundheitspolitiker Karl Lauterbach (SPD) aus ihrer Partei hat dies immer wieder gefordert.

Wenn namhafte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nach Zero Covid oder No Covid rufen, dann müssen wir uns damit auseinandersetzen. Das sind wichtige Beiträge zur Diskussion.

Und ja: andere demokratische Ländern sind teilweise diesen Weg gegangen.

### **Ich nenne Neuseeland als ein Beispiel.**

Klar ist jedenfalls: Neuseeland ist kein autokratisches Regime. Das ist eine liberale Demokratie.

Premierministerin Jacinda Ardern hat es geschafft, die dortige Infektionskurve sehr niedrig zu halten. Mit harten, mitteilweise drastischen Maßnahmen war sie erfolgreich.

Dadurch sind in Neuseeland deutlich weniger Menschen an Corona verstorben. Die Dauer der Eingriffe konnte reduziert werden, und die Wirtschaft und das öffentliche Leben kamen schneller wieder auf die Beine.

Angesichts dessen stellt sich doch die Frage:

Wäre das auch hier, mitten im eng verflochtenen Europa möglich gewesen?

**Damit müssen wir uns auseinandersetzen!**

Das, meine Damen und Herren, sind die Herausforderungen, vor denen wir stehen. Das sind die Fragen denen wir uns stellen müssen.

**Und genau das hat Ministerpräsident Kretschmann öffentlich thematisiert.**

Kollege Stoch, ich blicke zu Ihnen. Ich blicke auch zum Kollegen Rülke.

Und ich fordere Sie auf:

**Setzen Sie sich inhaltlich mit diesen Fragen auseinander statt mit plumpen Vorwürfen und Unterstellungen von dieser dringend notwendigen Debatte abzulenken!**

Herr Stoch, ich habe Ihre Vorwürfe gehört.

Doch genau andersrum wird ein Schuh draus. Wer diesen Fragen aus dem Weg geht, wird dem Auftrag unserer Verfassung nicht gerecht.

Lassen sich mich das ausführen.

Meine Damen und Herren,

Art. 2 Abs. 2 unseres Grundgesetzes sichert jedem Menschen das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit zu.

Es ist nach dem Bundesverfassungsgericht ein „Höchstwert innerhalb der grundgesetzlichen Ordnung“.

Der Staat ist daher verpflichtet, diesen Schutz zu gewährleisten.

Wir haben nun erlebt, wie solche Schutzmaßnahmen mit anderen Rechtsgütern kollidieren können. Denn auch der Schutz der Freiheitsgrundrechte gehört zum Wesenskern unseres Rechtsstaats.

Die liberale Verfassungsordnung gibt uns dafür die Lösung vor:

Wir müssen die Rechtsgüter so miteinander abwägen, dass beide zur größtmöglichen Entfaltung kommen.

Und hier kommt der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ins Spiel.

Ein Grundrechtseingriff ist nur dann verhältnismäßig, wenn er unbedingt notwendig ist. In einem Rechtsstaat sind wir dazu verpflichtet, immer den mildesten Eingriff zu wählen.

**Meine Damen und Herren, die Kernfrage lautet also:**

- **Kann ein kurzer und dafür intensiverer Eingriff in der Gesamtbetrachtung über den Zeitverlauf das mildere Mittel sein?**

Das mildere Mittel, das es uns ermöglicht, die Auswirkungen zu der Pandemie zu minimieren und schneller wieder größere Freiheiten einzuräumen?

Genau um diese Fragestellung dreht es sich.

Das Grundgesetz verpflichtet uns dazu, dass wir uns diese Frage immer wieder erneut stellen. In dem heute angesprochenen Interview diskutiert der Ministerpräsident genau dieses Problem.

Kollege Stoch, wenn Sie nun das Gegenteil unterstellen, dann – ich zitiere den Chefredakteur der Badischen Zeitung, Thomas Fricker – dann bedarf es dafür schon einer „**gewissen Böswilligkeit**“.

Die Suche nach dem milderen Mittel, nach dem kleineren Eingriff kommt im Interview und erst recht im Handeln des Ministerpräsidenten klar zum Ausdruck.

Diesen Fragen müssen wir uns stellen.

Und ich kann da Armin Käfer in seinem Kommentar in der Stuttgarter Zeitung vom Dienstag nur beipflichten:

**„Wann wenn nicht jetzt, wäre die Zeit dafür?“**

Meine Damen und Herren,

**die Verwaltungsgerichtsbarkeit hat unseren Weg bisher im Wesentlichen bestätigt.**

Und trotzdem lässt sich auch an der Rechtsprechung erkennen, wie schwierig die Abwägungsentscheidungen sind.

Wir haben erlebt, wie die obersten Verwaltungsgerichte der verschiedenen Länder zu unterschiedlichen Ergebnissen kamen.

Nehmen Sie das Beherbergungsverbot.

Da haben wir die unterschiedlichsten Urteile erlebt.

Beispielsweise hat das Obergericht Schleswig-Holstein im Oktober letzten Jahres innerhalb weniger Tage erst das Beherbergungsverbot unterstützt – um es dann eine Woche später zu kippen.

Im Rahmen des dritten Lockdowns wurde dann doch wieder flächendeckend auf das Beherbergungsverbot zurückgegriffen.

Gerade diese Beispiele zeigen, wie entscheidend die zeitliche Komponente bei der Abwägung ist.

Was gestern nicht verhältnismäßig war, kann heute aufgrund neuer Entwicklungen nun verhältnismäßig sein. Oder eben auch umgekehrt.

**Das sind diffizile Abwägungsentscheidungen.**

Daher ist es richtig, dass die Verantwortung, die richtigen Entscheidungen in dieser schweren Pandemie zu treffen, nicht allein bei der Regierung liegt.

**Mit dem Pandemiegesetz und mit regelmäßigen Debatten hier im Parlament tragen wir unseren Teil der Verantwortung.**

**Und die Gerichtsbarkeit trägt ihren Teil der Verantwortung,** indem sie genau hinsieht, indem sie abwägt und indem sie immer wieder deutlich macht, wie wichtig eine konkrete und zielgerichtete Begründung ist, wenn es um Grundrechtseingriffe geht.

Meine Damen und Herren,

wir haben bis heute vielfältige Erfahrungen im Pandemiemanagement gemacht. Die Pandemie ist allerdings noch nicht vorbei.

**Aus der Pandemie zu lernen, die getroffenen Maßnahmen zu reflektieren und dabei den notwendigen Fragen nicht aus dem Weg zu gehen – dazu trägt unsere heutige Debatte bei.**

Klar ist allerdings, dass einige der zentralen Fragen gar nicht auf Landesebene beantwortet werden können. Ganz grundlegend hat das Infektionsschutzgesetz des Bundes den rechtlichen Rahmen für den Umgang mit dieser Pandemie aufgespannt.

**Deswegen ist es richtig, jetzt die Frage zu stellen, ob das Bundesinfektionsschutzgesetz nicht noch besser werden kann.**

Ministerpräsident Kretschmann hat hierzu angeregt, nach der Bundestagswahl eine Enquetekommission auf Bundesebene einzusetzen.

**Das unterstütze ich.**

Eine solche Enquetekommission ist der richtige Ort, um die grundsätzliche Diskussion darüber zu führen, ob das Infektionsschutzgesetz anders ausgestaltet werden muss, um zukünftige Pandemien frühzeitig, zielgerichtet und mit möglichst geringen Eingriffen zu bekämpfen.

Wie im Koalitionsvertrag angekündigt, werden wir im Landtag ebenfalls eine Enquetekommission einrichten. Der Fokus soll hier ein anderer sein. Wir schlagen vor, auf dem Hintergrund der Erfahrungen der Pandemie zu klären, was wir auf Landesebene tun können, um für künftige Krisen besser gewappnet zu sein.

Wir werden den Einsetzungsantrag für diese Kommission vorbereiten und hierzu auch das Gespräch mit der Opposition suchen.

**Ich lade Sie jetzt schon herzlich dazu ein, daran mitzuarbeiten.**

**Vielen Dank.**